23

Die Zurückberufung

des

Prinzen von Preußen.

Rede

gehalten im Friedrichstädtischen Casino am 12. Mai 1848

von

Dr. F. A. Maercker.

Zwischen uns sei Wahrheit.

Berlin.

F. Schneider und Comp.

1848.

Kain und Abel.

Vor dem Bilde von Begas.

Den Bruder hat des Bruders Hand erſchlagen,
Selbſt muß er fliehen in ein fernes Land,
Das theure Blut verſchlang der gier'ge Sand,
Und ſchweren Fluch muß nun die Erde tragen.

So lautet's aus der Menſchheit erſten Tagen,
Ein Mord zerriß der Brüder Liebesband,
Und heute noch tränkt Brudermord das Land,
Und heute noch hörſt du die Aeltern klagen.

Soll ich des Bruders Hüter ſein, ſpricht Kain?
Gewiß! Zum Mörder ward'ſt du nicht geboren:
Vergoſſ nes Blut wird ewig ſchrei'n um Rache.

Verjüngt erſteht aus ihm der Zwietracht Drache;
Drum eh' des Blutes Spuren ſich verloren;
Sühn Abels Geiſt, dann tagt's, wie einſt zu Kain.

Vorbemerkung.

In nachſtehender Rede habe ich mich bemüht, ein ernſtes Bild unſerer ſtürmenden Zeit aufzuſtellen, ohne einen Schleier über Dinge zu ziehen, die laut und offen herausgeſagt ſein müſſen, damit ſie richtig erkannt werden und damit man Abhülfe ſchaffen könne. Dem Druck übergeben habe ich die Rede hauptſächlich wegen der Provinzen, welche Berlin einen Vorwurf daraus machen, daß es ſich mit ſeinen Demonſtrationen den Anſchein gebe, als wolle es den Willen des Landes beherrſchen. Dieſen Vorwurf verdient Berlin in keiner Weiſe, es darf ſich nur den Rang, welchen es unter den Städten des Landes als Hauptſtadt einnimmt und einnehmen muß, in keiner Weiſe ſtreitig machen laſſen; demnach muß es allen Beſtrebungen des Landes vorangehen. Viele im Lande werden jetzt keinen Anſtand nehmen, Berlin wegen Mangel an Pietät gegen den Prinzen von Preußen wiederholentlich zu ſchelten, deshalb lege ich hier offen einen Theil der Gründe vor, welche die Hauptſtadt bei der jüngſten Demonſtration beſtimmten und beſtimmen mußten, gegen den Erlaß des Miniſteriums aufzutreten; mögen die Provinzen dieſe Gründe widerlegen, damit werden wir weiter gefördert werden, als mit Schimpfreden, welche man gegen Berlin nicht geſchont hat, nachdem es doch die Laſt der ganzen Revolution, ihre Behauptung und Durchführung gegen alle reactionären Verſuche auf ſeine Schultern genommen,

eine Bürde, unter der manche andere Stadt erliegen möchte. Vielleicht wird ſpäter dies mit mehr Dank anerkannt werden, wenn manche erſt noch den Uebergang aus ihrem jetzigen politiſchen Dämmerungsleben zum Lichte der Freiheit gemacht haben, wozu freilich eine Erhebung über Nebendinge gehört, die nicht Jedem möglich iſt. Die Succeſſionsfrage des Prinzen von Preußen kann aber der Betrachtung dazu manchen Anlaß geben, weil ſie, richtig gefaßt, uns über die Perſonenfragen hinweg zu der Anſchauung der Sache bringt, welche in dieſem Falle das Volk und ſein wahres Leben in der Freiheit iſt. Wer aber in der Politik nur Perſonenfragen kennt, und wären es dynaſtiſche, der bekennt ſich damit als befangen in längſtüberwundenen Anſichten und als nicht befähigt, jetzt das Geſchick einer Nation zu leiten. Der vorliegende Fall giebt uns dafür eine lebendige Lehre, die von jedermann wohl beherzigt zu werden verdient. Es konnte nicht in der Abſicht dieſer Rede liegen, die Talente des Prinzen von Preußen zu beurtheilen, darüber wird einſt die Geſchichte zu richten haben, wohl aber muß das Volk, das ihm mit Vertrauen entgegentreten ſoll, ſein Herz kennen und wiſſen, ob er noch immer die alte Zuneigung zur ruſſiſchen Autokratie bewahrt, oder ob er ſo ganz ſeinem Volke angehören will, daß er keine andere Götter neben ihm kennt und verehrt. Inſofern glaube ich der Sache des Vaterlandes einen kleinen Dienſt zu erweiſen, wenn ich die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer darauf gerichteten unumwundenen Erklärung begründen helfe.

Meine Freunde!

Wie aus heiterem Himmel ein Blitz ist gestern plötzlich in die Gemüther der Antrag des Staatsministeriums vom 10. Mai über die Zurückberufung des Prinzen von Preußen aus England gefallen, und er hat um so aufregender gewirkt, als derselbe ohne alle vorhergehende Kundgebung zugleich mit dem Erlaß Sr. Maj. des Königs vom nächsten Tage erschienen ist, welcher diesen Antrag genehmigt, indem er den Major Laue zum ersten Adjudanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernennt, Sr. Königl. Hoheit die Aufforderung zur Rückkehr zu überbringen. Durch diese Ordre ist ein wahrhafter Sturm im eigentlichsten Sinne des Wortes in der Hauptstadt entstanden, der sein Echo in vielen anderen Städten und Theilen des Landes finden wird, und jeder, den Bewegungen der jetzigen Tage unter uns etwas ferner stehende, oder gar ein gelassener Beobachter dürfte mit Recht fragen, wie hat dies geschehen können? Wenn wir sonst die Rückkehr eines Freundes, eines Bruders erwarten, wie schlägt nicht das Herz da vor Freude, wie sehnt man sich nach dem Tage des Wiedersehens; oder wenn gar ein Volk seinen Fürsten, den Erben des angestammten Herrscherthrones, nach langer Abwesenheit und gar nach überstandenen Gefahren soll heimkehren sehen, wie möchte es da den Tag der Ankunft auf alle Weise näher rücken, um den Verehrten nur recht bald wieder zu schauen, wie baut es Ehrenpforten und Triumphbogen, um ihm auf alle Weise den Tag der Heimkehr zu versüßen und ihm darzulegen, wie sehr auch der Geringste erfreut sei; erblickt man ihn dann endlich, so tönt es vieltausendstimmig, daß der Ruf weithin schallt: Willkommen, er lebe! Wie ist das nun diesmal so ganz anders? Eine Aufregung, die nicht gerade ein Jubel genannt werden kann, hat sich nach jenem Erlaß selbst derer bemächtigt, welche den Prinzen von Preußen wegen seiner männlichen Eigenschaften ehren und ihm als Thronfolger ergeben sind; sie wünschen seine Rückkehr, können aber doch ein leises „Zu früh" nicht unterdrücken; andere ihm ebenfalls geneigt, tadelten sogar das Ministerium offen, indem sie seine Maßregel eine unzeitige nannten, des Tadels über die Gründe der Entfernung des Prinzen, wie sie in dem Antrage angegeben werden, nicht einmal zu gedenken. Auch einen Unbefangenen konnte dies stutzig machen, hörte man aber noch weiter die Gründe entwickeln, weshalb die Rückkehr des Prinzen von diesen allerdings eifrig gewünscht wird, so trat dazu noch ein Erstaunen, daß es weniger aus Liebe zu seiner Person, als aus Furcht vor eigenem Verluste geschieht. Um so bedeut-

samer ist es indessen, die Ursachen zu erforschen, wie doch dies alles sich so sonderbar gestalten mochte, daß selbst die Anhänger des Prinzen mehr politische Rücksichten, als persönliche Hingebung für den, wenn auch voreiligen, Antrag des Ministeriums geltend machen. Vernehmen wir daher zuerst diese Gründe, die sich freilich in wenig Worten zusammen fassen lassen.

Die Furcht, welche jetzt einen großen Theil der Bevölkerung Europa's beherrscht, ist die vor einer socialen Revolution, in welcher die Besitzenden mit den Besitzlosen, die Arbeitgeber mit den Arbeitern in einen furchtbaren und blutigen Kampf gerathen werden; der Besitz fürchtet seinen Untergang. Der Weg, welcher dahin führe, meint man, sei die Republik, welche den meisten der Besitzenden gleichbedeutend erscheint mit der Anarchie, der gänzlichen Gesetzlosigkeit; dieser aber könne nur entgegen getreten werden durch Erhaltung des monarchischen Princips, durch Erhaltung der Fürstengeschlechter. In Preußen nun sei die Erbfolge durch die Ereignisse des achtzehnten März sehr stark in Frage gestellt worden, sichere man diese also nicht, und begegne dem Könige selbst jetzt in dem Zustande des Ueberganges, worin wir bis zum Erlaß unserer Verfassung stehen, das was jeder von uns einmal leiden muß, so würde, wenn der Prinz von Preußen nicht hier und die Thronfolge nicht gesichert sei, die Republik aufgerichtet, d. h. der Zustand der Gesetzlosigkeit, und mit ihm sei aller Besitz verloren, das Land in seinem Wohlstande zu Grunde gerichtet, nur Horden von heißhungrigen Proletariern würden, wie in den Zeiten völliger Barbarei noch in dem verödeten Reiche hausen; also sei die Rückkehr des Prinzen von Preußen eine Nothwendigkeit, er sei die einzige Bedingung der Erhaltung eines rechtlichen und gesetzmäßigen Zustandes.

Das ist der Grund, welchen die Besitzenden für die Rückkehr des Prinzen anführen, und sie mischen in ihre Beweisführung viele Aufgeregtheit und Gereiztheit über alle diejenigen unnützen literarischen Tagediebe oder Literaten, welche nichts zu verlieren hätten und die nur die Massen aufwiegelten, um für sich im Trüben zu fischen; indeß seien sie, die Bürger, jetzt bewaffnet, und würden ihnen schon zeigen, was das heiße, friedliche Leute durch tägliche und nächtliche Demonstrationen fortwährend aus ihrer Ruhe zu stören und ihren Geschäften zu entreißen. Wenn man solche wilde Reden hört, meine Freunde, so sollte man meinen, unsere alte Soldateska habe sich in die Bürgerkleider gesteckt und wolle das Spiel wieder beginnen, das sie am achtzehnten März namentlich mit so wenigem Erfolge versucht hat, gerade als ob es sich hier um ein Niedermetzeln von Aufwiegelern handele, die auch gar keine Berechtigung im Staat haben. Dem ist indessen nicht also, nicht um Anarchie handelt es sich, sondern im Gegentheil um deren Beseitigung und um Begründung einer dauernden Ordnung, für welche nicht die Erhaltung und das Leben einer

Person die einzig mögliche Gewähr bietet. Denn unser Leben, das weiß ja ein jeder, fährt dahin wie ein Hauch des Windes, Herrscher und selbst Dynastieen verschwinden unter der Wurfschaufel des Schicksals wie Spreu, aber die Völker dauern, und wehe ihnen, wenn sie in sich keinen andern Stützpunkt haben als das ungewisse Leben einer Persönlichkeit, dann sind auch sie dem Untergange preisgegeben und fast schon für verloren zu achten. So eng, kleinlich und ohne alle Berechnung ist indessen der Sinn der meisten, die in der Regel um so kurzsichtiger werden, je mehr sie Besitz erwerben, daß ihnen gerade das der haltbarste oder der allein haltbare Grund der Ordnung in den Staaten scheint, welcher es am wenigsten ist, nämlich das Leben eines einzelnen Herrschers oder eines Thronfolgers. Wahrlich ein Staat, welcher nur darauf beruht, ist für nichts Werthvolles zu achten, nur wo Staat und Volk zusammenfallen und Eins sind, darf ein dauernder Zustand gehofft werden. Doch genug von diesen kleinlichen Unterthanen-Seelen, welche wohl fähig und geschickt sein mögen, sich ein Haus zu erbauen oder zu gewinnen, die aber den Grund, auf welchem allein das Gebäude des Staats selbst durch einen Monarchen errichtet werden kann, auch nicht den äußern Umrissen nach kennen, ich meine die Kraft des Volkes; nur wo sie die Throne stützt, sind sie gesichert. Und nun seht, meine Freunde, wie diejenigen, welche alles auf eine Person stellen, die Sache geradesweges verkehren, den breiten, festen Grund in die Luft stellen und die Spitze zum Grundstein machen: saget selbst, ob solch ein Bau von Bestand sein könne; wer dafür einen Eckstein sucht, der wende sich an das Volk; Gesetz und Ordnung, wie auch allen Besitzstand, sichert allein die Volkskraft.

Dieses genügt über den ersten Grund wegen der beantragten Rückkehr des Prinzen von Preußen; es wird ihm jedoch sogleich ein zweiter hinzugefügt und das ist ein Grund der Politik, wie man ihn nennt: Preußen solle nämlich in seinem jetzigen Bestehen gefährdet sein ohne die Sicherstellung der Thronfolge, weil der Staat nur durch die Dynastie zusammengehalten werde und weil mit dem Sturz der gegenwärtigen Dynastie und der Erklärung der Republik die Nachbarstaaten Veranlassung nehmen würden, die Grenzländer Preußens, die Provinz Preußen, Posen, ja selbst Pommern, so wie die Rheinlande an sich zu reißen; es sei also die Frage der Thronfolge zugleich die um die Existenz des preußischen Staates und deshalb müsse der Prinz von Preußen unmittelbar zurückkehren. Aber wenn Preußen durch seine Abwesenheit so gefährdet ist und wenn der Prinz das wußte, — wissen aber muß er es, weil die Existenzfrage Preußens die seinige mit in sich schließt, — warum ist er denn weggegangen, warum kehrte er nicht selbst zurück und erwartet dafür erst eine Aufforderung Seitens des Königs, der sich wieder auf einen Antrag des Staatsministeriums stützt? Wo es das

Bestehen eines Staates, die Freiheit oder Knechtschaft eines Volkes gilt, da sollte doch am allerwenigsten derjenige, welchen man die einzige Stütze dieses Staates nannte, im fernen Lande verweilen, da mußte er ja unter seinem Volke sein, mit ihm stehen und fallen, so daß alle fühlten und mit eigenen Augen sähen, ja dieser ist der Mann, der uns für unser Bestehen Gewähr leistet, er kämpft für uns, er begreift unsere Lage, kennt alle Gefahren, die seinem Volke drohen, er sieht sie zuerst und findet vor allen andern die Mittel, ihnen die Spitze zu bieten! Heil ihm, er ist der Pulsschlag in unserem Blute, er ist unser Leib und Leben. Statt dessen aber, wie sehen wir ihn? Er verweilt mit einem Allerhöchsten Auftrage in England!

Meine Freunde, wo es sich um die Existenz eines Volkes handelt, da kann es wohl keinen Allerhöchsten Auftrag geben, der höher stände, als dieser. Soll etwa eine diplomatische Unterhandlung über Schleswig geführt werden, oder wollen wir einen vortheilhaften Handelsvertrag schließen, so haben wir ja unsern Gesandten in London, der ein geschickter und namhafter Mann ist. Oder bezieht sich der Auftrag gar auf das preußisch-englische Bisthum in Jerusalem? Wenn ein solcher Auftrag besteht, der den Thronfolger von seinem Reiche fern halten kann, so nenne man ihn, damit das Volk sich beruhige und ermesse, ob derselbe irgend eine Bedeutung haben kann gegen die Sorge für die Sicherheit und die Existenz des ganzen Staates. In der That, wenn irgend solch ein Auftrag besteht, wer ist da nicht begierig seinen Inhalt zu erfahren? Aber die Besorgniß ist nicht fern, daß der ganze Auftrag nur ein leerer Vorwand ist, um doch irgend welchen Grund für die unerhörte Entfernung des Prinzen aufzufinden, und sollte dies in der That der Fall sein, so ist es um so unwürdiger, daß ein Staatsministerium, das doch den Hergang kennen muß, so etwas im Angesicht des Volkes seinem Antrage voranzustellen wagen durfte. Da es indessen jetzt geschehen ist, so hat das Staatsministerium, das vor allen Dingen das Vertrauen auf seine Wahrhaftigkeit im Volke nicht erschüttern durfte, die heilige Verpflichtung, klar mit der Sprache herauszugehen, um dem Lande die Gründe darzulegen, die den Thronfolger vom Reiche fern halten konnten. Thut es dies nicht, oder hat es gar nur einen Schein gesucht, um seinen Antrag zu bemänteln, so ist es fernerhin nicht mehr würdig, an der Spitze der Regierung einer Nation zu stehen, welche dem Fehlenden verzeihen kann, — dazu ist sie groß und hochherzig genug, — aber sich niemals durch eine Unwahrheit wird hintergehen lassen. Entweder also, der Prinz hat wirklich schon bei seiner Abreise einen Allerhöchsten Auftrag empfangen, so ist man verpflichtet, ihn zu bezeichnen, damit sich die Abwesenheit rechtfertige, oder er hat keinen, oder keinen seiner Stellung angemessenen erhalten, dann muß ein Ministerium zurücktreten, welches

so wenig Einsicht in die Staatsgeschäfte gezeigt, daß es den Ruf des Prinzen, der einst auf Preußens Thron durch das Vertrauen der Bürger herrschen soll, auf eine unverantwortliche Weise bloßstellte, weil er, der im Lande in seiner jetzigen Gefahr auch nicht einen Augenblick vermißt werden durfte, in keinen oder untergeordneten Geschäften in England sich aufhält; Entfernung aber von denen, für welche und durch welche man allein da ist, gilt heut zu Tage fast einer Verzichtleistung gleich. So weit reichten indessen wohl die Gedanken und Beweggründe des Ministeriums nicht, das von der Bedeutung des Thrones in der constitutionellen Monarchie überhaupt wenig klare Vorstellungen zu haben scheint.

Doch ich gehe näher ein auf die Gründe derer, welche die Existenz Preußens von außen her durch die Abwesenheit des Prinzen von Preußen für bedroht halten, indem sie noch immer von der irrigen Ansicht ausgehen, Preußen werde nur durch das Band der Dynastie in seinem Länderbestande zusammen gehalten. Wenn ich aber vorher auseinandergesetzt habe, daß der Staat nicht auf der fürstlichen Macht, seinem innern Bestehen nach, beruhen könne, so ist dies noch viel weniger in seinen äußeren Verhältnissen der Fall, oder wäre es in der That so, dann träfe dasselbe zu, was ich ebenfalls schon gesagt, ein solcher Staat ist für nichts zu achten, weil er nur durch den Genius Eines Mannes, eines Friedrich, bestände, aber nicht durch das Volk selbst, und deshalb nothwendig mit diesem Manne altern und absterben müßte, wie dies allerdings bei vielen Staaten alter und neuer Zeit geschehen ist, aber von dem unserigen nicht gesagt werden darf. Denn Preußen beruht in seinem Grunde auf deutscher Kraft und hat sein selbständiges Bestehen innerhalb des gemeinsamen Vaterlandes durch seine eigenthümlichen Institutionen und diese allein machen das Band für Preußen aus. Ist dem aber nicht also, sollte wirklich nur ein Einzelner den Kern der preußischen Monarchie bilden, so baue niemand auf sie, so wenig man auf die einzelne Lebensdauer auch nur eine Stunde bauen kann. Ich erinnere mich irgendwo in einem alten Redner gelesen zu haben, welcher sagt, der Name Athens beruhe auf seinen vorzüglichen Einrichtungen und man nenne einen Athener nicht sowohl denjenigen, welcher es durch die Geburt sei, als den, welcher sich nach Athens hohen Grundsätzen gebildet habe. Dasselbe möchte ich von dem Grunde sagen, auf welchem das Bestehen Preußens ruht. Und wahrlich, diese Grundlagen des Staates sind nicht von seinen letzten Herrschern, sondern man möchte sagen, fast ausschließlich von dem Volke selbst gelegt; jene haben nur, was das Volk gebaut, theilweise anerkannt, und auch nur in so geringem Maaße, daß ja am 18. März das Volk selbst einschreiten und seine Errungenschaften dem entschiedenen Herrscherwillen entgegen zur Anerkennung bringen mußte. Rede mir daher niemand davon, als ob das jetzige Preußen

nach Innen und Außen durch die Kraft ſeiner Fürſten gegründet wäre; nothdürftig ſind ſie meiſt den Entwickelungen des Volkes nachgehinkt, ſo in den Freiheitskriegen, ſo bei der ganzen deutſchen Bewegung, für welche viele der Unſrigen geblutet, für welche ſie Jahrzehnde lang in den finſterſten Kerkern geſchmachtet haben. So beſteht denn auch Preußen nach Außen hin nicht, weil es einen Prinzen von Preußen giebt, denn es hieße die Kraft eines Mannes, der noch nicht einmal zur Regierung gekommen, der eigentlich noch nichts für das Volk geleiſtet hat, bei weitem überſchätzen, wenn jemand die Bedeutung von ſechszehn Millionen Menſchen allein von der Nachfolge dieſes Prinzen abhängig machen wollte. So ſehr würdigen aber diejenigen, welche dieſe Macht dem einzelnen Fürſten zuſchreiben, das ganze Volk herab, daß ſie meinen, wenn ſeine Nachfolge nicht geſichert ſei, ſo gehe Preußen zu Grunde. O, ihr Kleingläubigen! Iſt denn noch kein Thronfolger dem Lande entriſſen worden, ehe er den Thron ſeiner Väter beſteigen konnte, und was dann? Iſt Ludwig Philipps Dynaſtie etwa an dem traurigen Schickſal des Herzogs von Orleans geſcheitert? Ich glaube keineswegs und niemand glaubt es. Iſt aber, was noch mehr gelten möchte, Frankreich verloren, nachdem ſelbſt die ganze Dynaſtie eine Zuflucht auf fremdem Boden hat ſuchen müſſen? So gering denke doch niemand von einem Volke. Wie viele Dynaſtien hat nicht Deutſchland ſchon geſehen, und welche Umwälzungen wird es nicht noch erfahren! Dadurch geht ein Volk nicht verloren, weil die Dynaſtien überall doch nur der Ausdruck ſeines Willens ſind, wie man es auch wende, und weil dieſe unrettbar dahinſchwinden, ſo wie ſich der Volkswille von ihnen abkehrt. Die Nachfolge des Prinzen von Preußen iſt daher durchaus nicht die Frage der Exiſtenz Preußens; das hat einen tiefer gegründeten Bau! Sank doch Deutſchland, was doch ein anderes iſt, nicht mit dem ruhmwürdigen Geſchlechte der Hohenſtaufen. Meint indeſſen jemand nur, er wolle dem geliebten Vaterlande einige Kämpfe, einige Unruhe erſparen, ſo antworte ich, daß wenn einzig die Perſonenfrage ſie verhindern kann, dies eben ein Aufſchub wäre, aber nicht die Löſung der Frage um Preußen ſelbſt, und daß dieſe dennoch einmal gefunden werden muß, wenn es geht, mit dieſer Dynaſtie, wenn ſie ſich aber der deutſchen Bewegung nicht anſchließen, ſich nicht mit ihr identificiren kann, auch ohne ſie: ſo will es der ewige Gang der weltgeſchichtlichen Entwickelung. Hat ſich aber Preußen dem Willen ſeines damaligen Königs zuwider, oder wenigſtens ohne ihn, zuerſt gegen Napoleons Gewaltherrſchaft erhoben, ſo wird es auch dem Oſten kühn entgegentreten, und es iſt die Frage der Succeſſion dafür in der That eine untergeordnete, oder von gar keiner Bedeutung, weil gegen den Willen der Nation kein Herrſcher in Deutſchland jetzt etwas zu unternehmen vermöchte; dieſer allein iſt auch für die äußeren Verhältniſſe von entſcheidender Wirkung.

und unſere Heere werden ſich auch ferner des preußiſchen Namens würdig zeigen, auch wenn der Prinz von Preußen nicht an ihrer Spitze ſteht; ſie kämpfen ja nicht für ſeine Perſon, als ſein Gefolge, noch für die Intereſſen ſeines Hauſes, ſondern für die Ehre und den Ruhm des gemeinſamen Vaterlandes, der auch auf den Fürſten und Führer nur zurückſtrahlt, und wäre er Cäſar oder Alexander.

Aber, ſagt man, die Armee wünſcht den Prinzen von Preußen, ſie liebt ihn, iſt ihm ergeben, alſo laſſe man ihn zurückkommen. Dagegen frage ich abermals, wer hat ihn denn von ſeinem Corps, von dem Heere getrennt? Hat er es nicht ſelbſt verlaſſen? Weshalb ging er, wenn der Wille und die Anhänglichkeit der Armee für einen Fürſten eine Stütze ſein kann, den das Volk nicht ſtützt? Er konnte bei ſeinen Getreuen bleiben, und würde er es nicht gethan haben, wenn er nicht gefühlt, daß er anderer Stützen für den Thron und die Nachfolge bedürfe, als der Kugeln und der Bajonette, wenn er nicht plötzlich erkannt, daß auch das Heer, und namentlich ein preußiſches Heer keine Bedeutung hat, ſobald das Volk nicht mit ihm iſt?

Wir können aber auch nicht einmal von der ganzen Armee ſprechen, ſondern mehr von dem Gardecorps, das eine ſo unbedingte Hingebung für den Prinzen beſitzen ſoll, obgleich ich es auch zum Theil anders weiß; denn auch in den Garden finden ſich tüchtige Männer, welche begreifen, was eine Armee iſt, und ſelbſt die beſte und wohldisciplinirteſte, ſobald man ſie im Lande gegen das Land gebrauchen will. Schon dieſer Gedanke, daß ich meinen Brüdern und Mitbürgern gegenüberſtehe, ſie niederſchießen ſoll, lähmt alle Energie; der Feldherr kann von vorn herein kaum auf die halbe Heereskraft rechnen: unſer Heer beſteht ja nicht aus feilen Söldlingen, erkauften Sclaven, ſondern aus den intelligenten Kindern des eigenen Landes, iſt eigentlich ein reines Bürgerheer, das nur ſeiner Beſtimmung eine Zeit lang entfremdet worden iſt. Und durch wen iſt dies in der Hauptſache bewirkt worden? Meine Freunde, wir dürfen nicht anſtehen es auszuſprechen, es geſchah durch den Charakter und die Anſichten desjenigen Prinzen, gegen deſſen Rückkehr ſich heut ein großer Theil der Hauptſtadt mit ſo unzweifelhaftem Willen ausgeſprochen hat, denn er war ſtets ein Soldatenfreund, aber kein Freund des Bürgers noch des Volkes. Darum lieben ihn auch ſelbſt in der Armee nur diejenigen, welche meinen, der Thron Preußens ruhe auf ſeiner Militairgewalt, nicht aber auf den frei zuſtimmenden Herzen ſeiner Bürger. Wenn alſo der Prinz, trotzdem daß viele in dem Heer ihm treu anhängen, das Land verließ und in England einſtweilen eine Zuflucht ſuchte, ſo liefert dies den ſchlagendſten Beweis, daß Armeen kein Schild für fürſtliche Gewalt ſind, wie dies viele Herrſcher erfahren, und namentlich auch Friedrich der Große, ein gewaltiger Held und ein überlegener Geiſt, anerkannt und ausdrücklich ausgeſprochen hat. Fürchtet aber Rußland etwa

unſer Heer, weil es den Prinzen von Preußen an ſeiner Spitze ſieht? Das ſcheint mir ſehr zweifelhaft, denn ohne ſeinem ehrenwerthen Charakter und ſelbſt ſeiner perſönlichen Bravour irgendwie zu nahe zu treten, gehört doch zu einem Feldherrn eine andere Talentprobe, als ſie der Prinz bisher zu geben Gelegenheit gefunden; einſichtige Kriegsleute meinen ſogar, er ſehe mehr auf dem Gamaſchendienſt als mit dem Feldherrntalent in Einklang zu bringen ſei. Bedenken wir jedoch vor allen Dingen, daß wir es auch bei unſeren Nachbarn ſelbſt im Oſten nicht mehr blos mit einer Dynaſtie zu thun haben; auch dort regt ſich ſchon ſehr drohend der Volksgeiſt, wenn auch noch meiſt in rohen Ausbrüchen, aber der alte Maulwurf wühlt doch ſchon und rüttelt an den Grundveſten der Autokratie, die kaum über den jetzigen Kaiſer in ihrer gegenwärtigen übermüthigen Gewalt hinausreichen möchte. Wir rechnen alſo ſehr ſchlecht, ſobald wir bei unſerer auswärtigen Politik mehr auf die Kaiſerherrſchaft, wie gewaltig ſie ſei, als auf den Geiſt der Völker zählen, und den Prinzen von Preußen als einen Damm und Bollwerk gegen Rußland aufſtellen zu können vermeinen, weil auch dieſes Land längſt erkannt hat, daß es nicht mit den Hohenzollern, ſondern mit dem deutſchen und preußiſchen Volke in Verbindung oder in Kampf zu treten hat; denn die Zeit der dynaſtiſchen Kriege iſt ſchon lange dahingegangen, wenn auch die deutſchen Freiheitskriege noch in dieſem Sinne von Metternich und ſeinem Syſtem ſind ausgebeutet worden; dafür iſt aber der Tag der Rache nicht ausgeblieben, die jetzt ſchwer auf ihm ſelbſt und ſeinen Verfechtern ruht. Liebte demnach den Prinzen auch die ganze Armee, wie es nicht iſt, ſo iſt dieſe eben jetzt ein integrirender Theil des Volkes geworden und hat die ſoldatiſchen Rückſichten abgeworfen, oder muß es mehr und mehr thun; wir bedürfen fernerhin nur eines Volksheers und keiner ſich überhebenden Soldateska, welche die Armee als die einzige Blüthe des Landes betrachtet und dieſes nur als den Fruchtboden anſieht, um Soldaten zu nähren. Damit iſt jedoch zugleich der Geiſt aller derer verurtheilt, welche ſich in dieſem Sinne als die Spitze des Kriegsheeres, und dadurch gehoben, als die Spitze des Volkes betrachtet haben; ſie ſelbſt und die Armee müſſen im Volkswillen aufgehen, das iſt das Ziel unſerer neuen Volksbewaffnung, welcher der ſoldatiſche Charakter des Prinzen von Preußen in keiner Weiſe entſpricht. Hat er dieſen nicht geändert, ſo kann er nicht wieder an die Spitze des Heerweſens treten, noch Preußens Feldherr ſein.

Indem ich die Gründe derjenigen übergehe, die noch immer nicht aufhören können von den Rechten der ungeſchwächten Krone und von dem jedesmaligen Fürſten nur als ihrem zeitweiligen Inhaber zu ſprechen, welcher dieſe Rechte dem Nachfolger ungeſchmälert vererbe und ihn deshalb in ſeiner Nähe haben müſſe, weil dieſe Theorieen durch die Geſchichte der letzten Monate ihre letzte faktiſche

Widerlegung gefunden haben und von dem Völkerwillen als letzten Grund des Staats nichts wissen, so komme ich auf die gegen den Prinzen von Preußen erhobenen Anklagen und auf die Untersuchung über die wahren Motive seiner jetzigen Entfernung; aus dieser allein wird sich dann der Weg ergeben, auf welchem er in das Vaterland und zu seinem Volke zurückkehren kann, wenn diese Rückkehr eine dauernde Vereinigung und Versöhnung mit demselben zur Folge haben soll. Wenn wir dabei über das Bestehen der constitutionellen Monarchie in Preußen werden zu sprechen haben, so wird wiederum jedermann zugeben müssen, daß sie ebenfalls nicht einmal an eine Dynastie geknüpft werden dürfe, im Fall man ihr Dauer verheißen soll, sondern daß sie über alle persönlichen und dynastischen Interessen hinaus in sich für Preußen eine Wahrheit haben müsse, sonst wird sie nicht bestehen!

Die gegen den Prinzen von Preußen gerichteten Anklagen beziehen sich in der Hauptsache auf seine mittelbare oder unmittelbare Theilnahme an den gewaltthätigen Ereignissen des achtzehnten März, in Folge deren er auch die Stadt als Flüchtling verlassen haben soll, so daß er selbst seine gänzliche und heimliche Entfernung aus dem Lande aus irgend welchen Gründen für nöthig erachtet hat; von einem Allerhöchsten Auftrage war damals in keiner Weise die Rede, im Gegentheil fürchtete man die Rückkehr des Prinzen an der Spitze der reactionären Garden, und glaubte ihn dann bald in Petersburg, bald in Italien, bis man endlich vernahm, er habe Curhaven passirt, um nach London zu gehen. Bestand demnach schon damals ein Auftrag, so konnte dies jedenfalls offen mitgetheilt werden. Schon daraus leuchtet die spätere Erfindung dieses Grundes der plötzlichen Entfernung und der Reise des Prinzen ein, welche innerhalb der preußischen Grenzen weder diplomatisch noch fürstlich, sondern unter dem Schein der größesten Angst und Besorgniß vollbracht wurde, zum Theil, wie berichtet wird, auf einem Leiterwagen und mit vielfachen Umwegen, was doch wohl nicht zu dem Auftrag gehören konnte. Wenn daher das Ministerium seiner Stellung nur einen Augenblick eingedenk war, so mußte es den muthmaßlichen Thronfolger in ganz anderer Weise decken, als durch einen so elenden Scheingrund. Der Prinz ist entflohen, darüber wird er selbst am allerwenigsten in Zweifel sein, und auch der Grund davon ist nicht schwer aufzufinden: er glaubte sich in der Hauptstadt, im Lande selbst nicht sicher. Weshalb aber dies? Wenn er als erster Diener der Krone nur deren Befehle vollzogen hätte, wer könnte ihm etwas anhaben? Er konnte dann so gut und mit derselben Ehre unter seinem Volke bleiben, auch mit derselben Sicherheit, wie die übrigen Diener der Krone, die Garden und wer sonst am achtzehnten März durch Rath und That mitgewirkt hatte. Hier muß also ein tieferes Geheimniß verborgen sein, das aufgeklärt werden muß, wenn eine Ver-

söhnung Preußens mit dem Prinzen statt haben soll. Wäre sich derselbe ferner seines Rechtes in vollem Maaße bewußt gewesen, und belehrte sich durch des Volkes Stimme nur eines Besseren, so brauchte er ebenfalls nicht bis nach England zu entweichen. Indessen behaupten die Ankläger des Prinzen selbst nicht, daß eine directe Theilnahme an den Befehlen des achtzehnten März erweislich feststehe; je mehr wir dies aber zugeben müssen, um so schwerer fällt eine andere Anklage ins Gewicht, die durch die Entfernung des Prinzen und sein bisheriges Verhalten eine furchtbare Bestätigung erhalten hat.

Sie lautet ganz einfach dahin, der Prinz von Preußen hatte kein Vertrauen zu seinem Volke, er ist überhaupt kein Volksfreund; daher denn auch die allgemeine Entrüstung gegen ihn in einem Augenblick, in welchem das Volk seine Herrschaft aufgerichtet hat und natürlich nur Zuneigung zu denen verspürt, welche es als seine wahren und aufrichtigen Freunde erkennt: als einen solchen aber hat sich der Prinz niemals erwiesen; im Gegentheil zeigen einzelne bekannte Vorfälle, wie der auf dem Hofe der Stettiner Eisenbahn, daß er kein volksfreundlicher Charakter ist, wie sein Verfahren in den Logen ebenfalls eine große Exclusivität bekundet. Dadurch hatte sich die Meinung über ihn schon lange vor den letzten Ereignissen festgestellt, und es bedurfte nur noch dieser Vorfälle, um den ganzen Haß eines erbitterten Volkes auf ihn allein zu lenken, besonders nachdem er allen gegen ihn gerichteten Anklagen durch seine Entfernung erst den rechten Halt gegeben: man glaubte auf eine Selbstverurtheilung schließen zu müssen, und fand bisher keine Widerlegung, nirgends hat der Prinz noch seine Zustimmung zu der neuen Ordnung der Dinge aufrichtig und öffentlich kundgegeben. Allerdings schreibt Se. Majestät der König in der Ordre vom 11. Mai: „Mein Bruder hat wiederholentlich seine volle Zustimmung zu der von meiner Regierung betretenen neuen Bahn gegen mich ausgesprochen." Kann dies aber genügen? Es ist gegen Se. Majestät geschehen; da aber die Nachfolge von dem Willen des Volkes und dem Beschwören der neuen Verfassung abhängt, so bedarf es eines unumwundenen Aussprechens der Ansichten des Prinzen gegen die Nation und ihre Vertreter, wovon bis jetzt noch nichts verlautet hat. Wenn der Prinz von Preußen endlich einen klaren Begriff von dem hat, was jetzt in Preußen nothwendig ist, um ihm und seinen Nachkommen die Nachfolge zu sichern, so mußte er vor allen Dingen keinen Auftrag annehmen, der ihn vom Lande entfernt hält, und wenn ein Mißverständniß vorlag, so mußte er sorgen, es baldmöglichst aufzuklären, er mußte zu den Seinen treten, welche ihm einst Treue schwören sollten und mußte sein aufrichtiges Bedauern kund geben über alles was vorgefallen war, er mußte das vergossene Blut durch Mitgefühl und Reue sühnen. Daß dies geschehen kann — — Blicken

wir auf Se. Majestät den König; er, von dem im letzten Ende alle Befehle ausgehen mußten, hat das Land nicht verlassen, er blieb, und das war seine Rettung, er zeigte den Willen, mit seinem Volke auch auf der neuen Bahn zu gehen, und Preußen hat sich von ihm nicht getrennt. Woher also die Aufregung, die Empörung gegen den Prinzen? Er war landflüchtig geworden, und seine Succession steht, wir können es nicht leugnen, bis auf diese Stunde in Frage; selbst seine persönliche Sicherheit dürfte jetzt in Berlin noch nicht ungefährdet sein. So straft sich durch ein Ersterben aller Liebe und Anhänglichkeit im Volke die unbefugte Bevorzugung eines Standes, der nur im Dienste des Staates stehen kann, wenn er wahrhaft gesund sein soll, ihn aber nie prätorianisch darf beherrschen wollen.

Wenn wir nun im Eingange die Gründe klar beleuchtet haben, welche in dem Prinzen von Preußen Schutz gegen Anarchie und Zerstückelung sehen, so dürfen wir doch hier Diejenigen nicht übergehen, die so recht eigentlich die Zurückberufung desselben betrieben haben, und zwar mit einem Eifer, der mehr als blind zu nennen ist. Was denken diese, die wir sogleich näher bezeichnen werden, denn in ihrem Innersten von dem Prinzen? Meinen sie, daß er ein Schutz für alle dem Volke gewährten und von ihm theuer erkauften Freiheiten und Rechte sein werde? Ich glaube, das setzt wohl niemand voraus und giebt sich auch nur den Anschein, es wahrscheinlich zu machen. Im Gegentheil finden wir des Prinzen eifrigste Freunde gerade unter denen, welche sonst die Reaction wünschen: sollten diese nun mit einem Male das Entgegengesetzte erstreben und sich nach des Prinzen Rückkehr sehnen, weil sie in ihm einen Mann der Freiheit erkennen? Hätte derselbe jetzt schon ein unzweifelhaftes Zeugniß für seine Gesinnungen über die Volksfreiheit abgelegt, so ist mir durchaus nicht zweifelhaft, wie jene über ihn denken würden; sie möchten ihn dann wohl nicht zurückwünschen. Sie glauben aber, ob mit Recht, will ich dahin gestellt sein lassen, der Prinz werde allen jetzt vereinzelten reactionären Bestrebungen ein Haupt bieten, das sie alle vereint, und deshalb muß sich jeder Preuße, der es treu meint mit dem Volke und seinem Vaterlande, gegen die Rückkehr des Prinzen erklären, ehe nicht die neue Freiheit verfassungsmäßig ist befestigt worden; ehe überschreite er nicht die Grenzen des Landes, denn wo er sich auch innerhalb derselben befinden möge, überall wird er ein Gegenstand der unruhvollen Besorgniß wegen seiner künftigen Absichten sein, und vielen Bewegungen, wenn auch nur einen scheinbaren Halt bieten, zumal wenn er sich nach einem Orte begäbe, der durch seinen absolutistischen Sinn etwa so bekannt wäre, wie manche Gegenden von Pommern. Würde es da nicht fortwährend heißen, wie in jener furchtbaren Nacht in Berlin, als man die Rückkehr des Prinzen fürchtete: er ist da, er rüstet, er wird anrücken, Berlin ist dem Prinzen verhaßt, man will es der

Erde gleich machen; Reden, welche dem Verständigen keine Furcht einflößen, auf die Massen aber stets aufregend wirken, wie wir es ja bei dem jetzigen Vorfalle sehen, wo die Ankunft des Prinzen nur beantragt und genehmigt wurde; wieviel mehr wenn er schon im Lande selbst wäre. Sollte nun jemand gänzlich fehl gehen, der behauptete, und also schlösse: der Prinz war bisher dem Volke abhold, liebte nur ein Soldatenregiment, und hat einen Charakter, der nicht leicht von seinen Ansichten weicht, darum wich er eher aus dem Lande, als daß er sich zu dieser Umkehr entschloß; darum schwankte er lange, wohin er sich neigen sollte, hoffte vielleicht im Stillen eine Wiederherstellung des alten Systems von den Provinzen aus; daher zog er es vor, sich nicht entschieden auszusprechen, um der Reaction nicht die Thür zu verschließen, die auf ihn gesetzte Hoffnung nicht zu täuschen; endlich erkennt er, daß das Alte unwiderruflich dahin ist und nun will er sich dazu bekennen, vielleicht auch ein wenig durch England belehrt. So ungefähr möchte die Geschichte der Anbequemung des Prinzen an die neue Lage lauten, und da soll das Volk ihm vertrauen, soll seiner ganz unvorbereiteten, durch keinen officiellen Erlaß seinerseits möglich gemachten Rückkehr entgegen jauchzen? Das hat wohl niemand hoffen können, oder er war äußerst kurzsichtig. Mag sonst das Volk sich täuschen oder täuschen lassen, in diesem Falle hat es von seinem Rechte des Mißtrauens einen vollberechtigten Gebrauch gemacht, denn wie sollte es jemand vertrauen, der als Feind der Volksfreiheit bekannt, von den Reactionären gesucht wird, und dem es zu gering scheint, sich gegen sein Volk, gegen seine Brüder und Mitbürger über seine Stellung auszusprechen? So hat der Prinz weder der Reaction einen Halt, noch der Freiheit ein Gewähr gegeben, und findet nun neben heftigen Anklägern kaum Vertheidiger, oder nur solche, die ihm durch blinden Eifer schaden, weil sie den Gründen der Gegner nichts entgegenzusetzen haben, als Versicherungen. Der Prinz, sagt man, werde nichts gegen die Freiheit unternehmen, er sei ehrenwerth u. s. w.; das sind Dinge, die im Staatsleben wenig Geltung haben, und hat es denn niemals Prätendenten gegeben, oft ehrenhafte Charaktere, denen nur die Volksherrschaft zuwider war? Hat der Prinz uns Beweise vom Gegentheil thatsächlich in die Hände geliefert? Ich wenigstens kenne noch keinen und seine Anhänger hoffen ja gerade deshalb noch auf sein Erscheinen. Der Prinz schreibt an die siegreichen Truppen in Schleswig; warum konnte er nicht an die Berliner, nicht an sein Volk schreiben? Meine Freunde, und da sollten wir vertrauen?

Freilich führt das Staatsministerium in seinem Antrage noch einen Grund für die Rückkehr des Prinzen an, den wir nicht übersehen dürfen; es sagt: „Für den Zeitpunct, wo die Vereinbarung der Staatsverfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Se. Königl. Hoheit, als der Nächste

am Throne, zu deren feierlichen Anerkennung anwesend sei. Aber auch während ihrer Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königl. Hoheit Veranlassung geben könnte ꝛc." Wie kann aber wohl das Ministerium, um dies zuerst zu sagen, von Zweifeln und Deutungen sprechen, welche man der Abwesenheit des Prinzen unterlegen könnte, da er ja im Allerhöchsten Auftrage abwesend ist, wovon doch das Staatsministerium vor allen Dingen sich durchdrungen zeigen mußte; es schlägt sich also damit selber in's Angesicht, und mit Recht, da es den alten büreaukratischen Weg der falschen Legalisirung nicht hat verlassen mögen. Doch dies bei Seite; was können solche Deutungen auf die Vereinbarung der preußischen Verfassung für Einfluß haben, die allein mit Sr. Majestät zu vereinbaren ist, nicht den Wünschen des Thronfolgers angepaßt werden darf, der hierbei im Gegentheil ganz aus dem Spiele zu bleiben hat. Und weiß denn das Staatsministerium, daß der Prinz von Preußen wirklich den Thron besteigen wird? Kann ihn nicht ein früher Tod hinwegnehmen? Wozu also bei einer Verfassung solche Eventualitäten; möge jeder die andern Scheingründe in dem Antrage selbst nachlesen; es lohnt nicht der Mühe, sie hier zu widerlegen. Wohl aber ist zu bemerken, in welche bedenkliche Lage das Ministerium durch seinen Antrag den Prinzen selbst dem Lande gegenüber gebracht hat. Es versucht ihn öffentlich zu rechtfertigen, ehe noch ein Ankläger aufgetreten war, und der Prinz kann nun nicht anders, er muß sich öffentlich vertheidigen, was früher noch hätte zum Heil des constitutionellen Thrones vermieden werden können; jetzt ist es unmöglich. O möchte doch der Himmel jeden vor seinen Freunden bewahren; auch diesmal trifft das wieder zu. Soll nun der Prinz sich der Nationalversammlung gegenüber rechtfertigen, was das Ministerium anzudeuten scheint? Dann haben wir den Thronfolger in einen politischen Proceß verwickelt, wie dies schon heute der Fall ist, indem das Volk öffentlich über Namen und Ruf des Prinzen ein furchtbares Gericht hält. Das alles hat das Ministerium durch seine Unbedachtsamkeit verschuldet und sich als nicht fähig für das constitutionelle Staatsleben gezeigt.

Schon vorher deutete ich auf diesen wichtigen Punct hin. Soll die neue Form unseres Staates eine Wahrheit werden, so müssen König und Thronfolger in unantastbarer Höhe und Reinheit durch die Verantwortlichkeit der Minister erhalten werden; nun aber hat man diesen Proceß, denn so müssen wir ihn nennen, auf die Gassen und öffentlichen Plätze gezogen und veranlaßt, daß überall der Name des Prinzen mit nicht geziemenden Ausdrücken verbunden wird. Die öffentliche Meinung, jetzt mit größeren Dingen unausgesetzt beschäftigt, hatte sich schon abgewandt von den Scenen des achtzehnten und zwei und zwanzigsten März, man hatte schon vergessen, daß dieser letztere

Tag, das Leichenbegängniß unserer Brüder, zugleich der Geburtstag des künftigen Thronfolgers ist; er konnte künftig seinen Namenstag feiern; als plötzlich alles das mit neuer Berechtigung hervorgesucht wurde, denn der Prinz sollte amtlich in das Land zurückberufen werden. Selten ist wohl ein unverzeihlicherer Fehler nach allen Seiten hin begangen worden, dem Lande und dem Prinzen von Preußen gleich schädlich und kaum wieder gut zu machen. Denke man an die Erbitterung, die sich offenbart. Ein General sagte: ich setze meinen Kopf zum Pfande, der Prinz tritt nicht an die Spitze der Reaction, das Militair wird nicht mehr einschreiten gegen die Bürger, und man hört ihn kaum. Allerdings hatte er in übertriebenem Eifer hinzugesetzt, der Soldat kann das nicht thun, weil es der König nicht wieder befehlen wird!

In solche Lage ist der Prinz von Preußen theils durch sich selbst, jetzt aber durch seine Freunde gebracht worden, so daß diejenigen sich mehr als seine Freunde zeigen, welche ihm offen entgegentreten, und ihm rathen, Einsicht zu nehmen von allen hier vorgetragenen Gründen der Verstimmung und der Verbitterung, um dadurch eine Versöhnung herbeizuführen. Sollen wir einen Rath ertheilen, so ist es der, daß der Prinz nicht komme, als bis die Verfassung vereinbart ist, daß er unterdessen seine Zustimmung zu dem neuen Gange der Dinge thatsächlich und unzweifelhaft ausspreche und jeden Anlaß vermeide, der ihn in Conflict mit der öffentlichen Meinung bringen könnte oder gar in einen Prozeß vor der Nationalversammlung verwickelte. Nachdem sie ihr Werk vollendet, beschwöre der Prinz, als erster Bürger, aufrichtigen Herzens die Verfassung und es wird dann in Preußen nur gesagt werden, nichts ist verändert, es ist nur ein Preuße mehr da.

Meine Freunde, ich danke Ihnen für den Beifall, den Sie meinen Worten wiederholentlich haben zu Theil werden lassen, ich glaube darin ein Zeichen zu sehen, daß ich die Lage der Sache richtig erfaßt habe und schließe mit dem innigen Wunsche, daß Preußens dereinstiger Thronfolger sich niemals wieder dem Willen seines Volkes entfremde: möge sich ihm das Geheimniß offenbaren, wie ein Fürst über freie Männer herrschen könne.

Anlagen.

Actenstücke betreffend die Zurückberufung des Prinzen von Preußen.

I.

Ew. Königl. Majestät haben vor der Bildung des gegenwärtigen Ministeriums Se. Königl. Hoheit den Prinzen von Preußen mit einem Allerhöchsten Auftrage nach England zu entsenden geruht. Allerhöchstdieselben wollen uns gestatten, die Gründe ehrerbietigst vorzutragen, aus denen, nach unserer Ansicht, die baldige Rückkehr Sr. Königl. Hoheit in Ew. Majestät Staaten dringend zu wünschen ist. Seitdem der Prinz von Preußen am 18. März, als erstes Mitglied des damaligen Staats-Ministeriums, das Allerhöchste Patent mit unterzeichnete, in welchem die Nothwendigkeit einer constitutionellen Verfassung für alle deutschen Länder von Ew. Majestät anerkannt wurde, ist unter Zustimmung des Vereinigten Landtages ein Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung erlassen worden, die Abgeordneten sind erwählt, und die Einberufung der Versammlung steht nahe bevor. Für den Zeitpunct nun, wo die Vereinbarung der Staats-Verfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Se. Königl. Hoheit, als der Nächste am Throne, zu deren feierlichen Anerkennung anwesend sei. Aber auch während ihrer Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königl. Hoheit Veranlassung geben könnte: es ist nöthig, daß die Versammlung ihre Berathungen mit der vollen Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimat zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von Gesinnungen ablegen, welche klar zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird, wie sie uns seither nicht gefehlt hat. Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volkes erkannt hat, und diese Ueberzeugung, hervorgerufen und gekräftigt durch den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen, wird von den gemischten Gefühlen eines eben so muthigen, als treuen Volksstammes bald nur die edelsten

Bestandtheile zurücklassen. Wir stellen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthaltes in England zu empfehlen.

Berlin, den 10. Mai 1848.

Das Staatsministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Kanitz. v. Patow.

An des Königs Majestät

Ich bin mit den in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom gestrigen Tage vorgetragenen Ansichten um so mehr einverstanden, als Mein Bruder, der Prinz von Preußen Königl. Hoheit, wiederholentlich Seine volle Zustimmung zu der von Meiner Regierung betretenen neuen Bahn gegen Mich ausgesprochen hat. Ich habe deshalb Se. Königl. Hoheit, nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, zur baldigen Rückkehr in das Vaterland veranlaßt. Zugleich habe Ich, nachdem der bisherige erste Adjutant des Prinzen, Major Graf v. Königsmark, schon vor einiger Zeit aus dieser Stellung ausgeschieden ist und der Sr. Königl. Hoheit attachirte Generalstabs-Offizier, Major Oelrichs, eine andere Bestimmung erhalten hat, den Major Lane zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt, Sr. Königl. Hoheit Meine Aufforderung zur Rückkehr zu überbringen.

Potsdam, den 11. Mai 1848. Friedrich Wilhelm.'

An das Staats-Ministerium.

II.

Die vom Staats-Ministerium Sr. Majestät dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theil der Bevölkerung der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Nächste am Throne nicht außerhalb der Grenzen des Vaterlandes weilen darf zu der Zeit, wo das neue Verfassungswerk zwischen dem Könige und seinem Volke vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staates, doppelt wichtig in einem Augenblicke, wo Preußen mit den Waffen an den deutschen Grenzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewähren berufen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesammten preußischen Volkes anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in dem freien England und des Seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institution sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Sr. Majestät des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen ist, und daß die

Regierung von Ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Damit werden alle Besorgnisse vor reactionairen Tendenzen schwinden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Classen des Volkes, zurückkehren!

Berlins Bewohner werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen in Begleitung großer Massen auf die Entschließung der Regierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungsgewalt und mit ihr die Herrschaft der Gesetze, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungs-Beschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt, als aus allen Theilen des Landes sich kundgiebt, so darf sie doch verlangen, daß dies nur auf geordnetem Wege geschehe. Die schließliche Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volksvertretung erwarten. In dieser ihrer Ansicht nach allein würdigen Stellung baut die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins.

Berlin, den 13. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Kanitz. v. Patow.

III.

Der mitunterzeichnete Vorsitzende des Staats-Ministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Commandeur der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunct der Rückkehr des Prinzen von Preußen Königl. Hoheit widerlegt.

Dessenungeachtet ist hierüber am gestrigen Abende durch eine Deputation einer Volksversammlung eine neue Erklärung begehrt worden.

Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach:

Se. Königl. Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen also jedenfalls nach der auf den 22. d. M. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter, in das Vaterland zurückkehren.

Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — Seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen constitutionellen Bahn öffentlich kundgeben.

Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staats-Ministeriums ausgesprochen.

Wenngleich wir dies bedauern, so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am wenigsten jetzt, wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung.

Wir sind dies dem ganzen Volke — auch mit Rücksicht auf die aus der Hauptstadt, wie aus den Provinzen uns zugegangenen zahlreichen Adressen im entgegengesetzten Sinne — schuldig. Wir sind es der Ver-

sammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amtshandlungen abzulegen haben.

Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht, daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volksvertretung, insbesondere des Verfassungs-Entwurfes, ferner gehemmt werde.

Berlin, den 15. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann.
v. Arnim. Hansemann. Graf v. Kanitz. v. Patow.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.